

## Pressemitteilung

Hannover, XX.11.2021



### **2G ab zwölf Jahren in Niedersachsen – Kinder und Jugendliche dürfen nicht erneut vom gesellschaftlichen und sozialen Leben ausgeschlossen werden, fordert der Kinderschutzbund Niedersachsen.**

**Ansprechpartnerin:**

Edna Skala-Kern

Telefon: (0511) 44 40 75  
Mobil: (0172) 441 89 86

[skala-kern@dksb-nds.de](mailto:skala-kern@dksb-nds.de)  
[www.dksb-nds.de](http://www.dksb-nds.de)

Die Ankündigung aus der niedersächsischen Staatskanzlei, dass ab Januar auch junge Menschen ab zwölf Jahren unter die 2G-Regelung fallen könnten, ruft beim Kinderschutzbund Niedersachsen Ärger hervor.

„Seit fast zwei Jahren sind die Kinder und Jugendlichen die Hauptleidtragenden in dieser Pandemie. Was es mit ihnen macht, wenn sie vom sozialen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden, haben inzwischen ausreichend Studien zur mentalen Gesundheit der jungen Menschen gezeigt“, sagt Johannes Schmidt, Vorsitzender des Kinderschutzbundes Niedersachsen.

Auch müsse man bedenken, dass die Impfentscheidung bei Kindern und Jugendlichen auch immer in der Abhängigkeit von den Eltern ist: „Kinder dürfen aber nicht ausbaden, dass ihre Eltern sie nicht impfen lassen wollen“, sagt Schmidt.

„Bei allem Verständnis für Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung: alle Erwachsenen sind nun an der Reihe, gefährdete Personengruppen zu schützen. Kinder und Jugendliche tragen ihren Teil dazu bei, indem viele von ihnen in Niedersachsen bereits geimpft sind, sie sich drei Mal in der Woche testen und über mehrere Stunden am Tag in der Schule Masken tragen“, so Schmidt.

Auf Familien und Kinder dürfe nicht weiter Druck ausgeübt werden.